

Auftrag Dürler betreffend kantonsinterne Koordination von Vorprüfungen und Anfragen

Im Rahmen von Anfragen oder Vorprüfungen bei der kantonalen Verwaltung, bei welchen mehr als eine kantonale Dienststelle involviert ist, stellen insbesondere die Gemeinden, aber auch Privatpersonen (nachfolgend zusammengefasst Gesuchsteller) immer häufiger fest, dass sich die Stellungnahmen kantonsintern widersprechen und die Interessenabwägung im Rahmen der Erarbeitung der definitiven Gesuche oder Vorlagen an den Gesuchsteller übertragen wird. Aktuelles Beispiel sind die Teil- oder Gesamtrevisionen der kommunalen Nutzungsplanungen.

Im Rahmen eines kantonalen Vorprüfungsverfahrens oder der koordinierten Prüfung einer Anfrage wird erwartet, dass der Kanton respektive die dafür zuständige Fachstelle eine koordinierte Stellungnahme verfasst und die entsprechende Interessenabwägung kantonsintern vornimmt. Es ist für den Gesuchsteller äusserst unbefriedigend, wenn ihm diese Aufgabe überlassen wird, da ihm die Gewichtung der Interessen durch die Regierung im anschliessenden Genehmigungsverfahren oder die betreffende Fachstelle im Bewilligungsverfahren nicht bekannt ist. Mit dem heutigen Verfahren ist es dem Gesuchsteller nicht möglich, aufgrund der Vorprüfung eine bereinigte Vorlage zu erarbeiten, die im Anschluss das Bewilligungs- oder Genehmigungsverfahren ohne Auflagen absolviert. Die Detailabklärungen mit den einzelnen Amtsstellen sind kaum leistbar und eine abschliessende Genehmigungssicherheit gibt es in aller Regel nicht.

Durch die heutige Praxis kommt es immer wieder vor, dass im Rahmen des Bewilligungs- oder Genehmigungsverfahrens Vorbehalte aufgenommen werden, die mit dem Vorprüfungsverfahren verhindert werden könnten und so zu deutlich geringerem Aufwand für alle Beteiligten führen würde. Mit einem koordinierten Vorprüfungsverfahren inkl. Interessenabwägung und verbindlichem Vorprüfungsentscheid seitens der kantonalen Verwaltung könnte diesem Verfahren mehr Gewicht und den damit verbundenen Arbeiten ein höherer Stellenwert eingeräumt werden.

Die Verfahren ziehen sich heute meist bereits über einen längeren Zeitraum hin. Mit dem koordinierten Vorprüfungsverfahren könnte die Zeit für die anschliessenden Bereinigungsarbeiten an den Vorlagen durch den Gesuchsteller sowie das Genehmigungsverfahren mutmasslich deutlich abgekürzt und dem Gesuchsteller eine verbindliche Antwort abgegeben werden.

In diesem Sinne beauftragen die Unterzeichnenden die Regierung, die Vorprüfungsverfahren in der kantonalen Verwaltung, unter Einbezug aller beteiligten Dienststellen, dahingehend anzupassen, dass inskünftig ein koordinierter kantonaler Vorprüfungsentscheid inklusive bereits erfolgter interner Interessenabwägung an den Gesuchsteller eröffnet wird. Dabei sind die Genehmigungsvorbehalte zweifelsfrei auszuweisen.

Chur, 23. April 2024

Dürler, Wieland, Tanner, Adank, Bavier, Berthod, Brandenburger-Caderas, Butzerin, Candrian, Casutt, Collenberg, Cortesi, Della Cà, Derungs (Lumbrein), Favre Accola, Föhn, Gansner, Gort, Haltiner, Hartmann (Schiers), Hefti, Heim, Jochum, Kasper, Koch, Kocher, Kohler, Krättli, Lehner, Loepfe, Lunghi, Luzio, Maissen, Mazzetta, Menghini-Inauen, Metzger, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Mittner, Morf, Rauch, Righetti, Roffler, Said Bucher, Sax, Schutz, Sgier, Sigron, Stiffler, Stocker, von Tschamer, Weber, Wilhelm



Sitzung vom

18. Juni 2024

Mitgeteilt den

21. Juni 2024

Protokoll Nr.

521/2024

Auftrag Dürler

betreffend kantonsinterne Koordination von Vorprüfungen und Anfragen

Antwort der Regierung

Gemäss Art. 3 des Raumplanungsgesetzes für den Kanton Graubünden (KRG; BR 801.100) ist die Ortsplanung Aufgabe der Gemeinden. Sie erfüllen diese im Rahmen des übergeordneten Rechts autonom. In der Erarbeitung von Ortsplanungen hat die Gemeinde als Planungsträgerin also sämtliche betroffenen Interessen zu ermitteln, zu gewichten und gegeneinander abzuwägen (Art. 3 der Raumplanungsverordnung, RPV; SR 700.1). Im Rahmen der Vorprüfung führt das Amt für Raumentwicklung (ARE) eine verwaltungsinterne Vernehmlassung bei den Fachstellen durch. Allfällige Widersprüche in diesem Rahmen liegen in der Natur der Sache, da jede Stelle ihre Aufgaben und Interessen wahrzunehmen hat. Vorbehalte der zuständigen Fachbehörden werden im Vorprüfungsbericht (VB) gegenüber der Gemeinde ausgewiesen. Zudem werden die Gemeinden mit dem VB bei der Ermittlung der Interessen unterstützt, und allenfalls werden auch schon Abwägungen empfohlen. Der VB ist somit bereits eine koordinierte Stellungnahme. Jedoch kann weder das ARE mit dem VB noch die Regierung mit der Genehmigung der Gemeinde als Planungsträgerin die Planungskompetenz und die endgültige Interessenabwägung abnehmen. Der geforderte verbindliche und "abschliessend genehmigungssichere" Vorprüfungsentscheid inkl. Interessenabwägung durch den Kanton ist mit der Gemeindeautonomie gemäss Art. 3 KRG unvereinbar. Zudem erfahren Planungsvorlagen zwischen Vorprüfung und Beschlussfassung oftmals noch massgebende Änderungen; sei dies aufgrund von Rückmeldungen im Mitwirkungsverfahren oder aufgrund von Anträgen in der Gemeindeversammlung. Auch daher wäre eine abschliessende Beurteilung im VB nicht möglich. Im VB wird übrigens auf die bezüglich der Genehmigung kritischen Punkte hingewiesen; es kommt aber immer wieder vor, dass eine Nichtgenehmigung in solchen Punkten erfolgt, weil die Empfehlungen im VB zu wenig berücksichtigt wurden. Insofern wird die im Auftrag geforderte Koordination bereits umgesetzt, während die Abnahme der Planungskompetenzen durch den Kanton nicht möglich wäre. Im Rahmen der Genehmigung muss übrigens die Planungsträgerin gegenüber der Genehmigungsbehörde den Abwägungsprozess schriftlich darlegen (Art. 47 RPV).

Allfällige festgestellte, widerstreitende Interessen sind gegeneinander abzuwägen und im Planungs- und Mitwirkungsbericht (PMB) zu dokumentieren. Die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Interessen findet nicht immer in der erforderlichen Tiefe statt, weshalb sich im Genehmigungsverfahren oftmals eine zusätzliche Anhörung der Gemeinden aufdrängt. Die Interessenabwägung stellt die Gemeinden aufgrund der heutigen Komplexität der raumplanungsrelevanten Vorgaben teilweise vor grosse Herausforderungen. Die Genehmigung einer Ortsplanung wird ausserdem nur dann mit Auflagen verknüpft, soweit sie nicht mit dem einschlägigen Recht vereinbar ist und seitens der Gemeinde kein Entscheidungsspielraum für die vorzunehmende Korrektur besteht. So kann ein nochmaliges aufwendiges Nutzungsplanverfahren vermieden werden, was zur Verfahrensökonomie beiträgt. Wo es um lokale Anliegen geht, bei deren Wahrnehmung Sachnähe, Ortskenntnisse und örtliche Demokratie von Bedeutung sind und bei denen keine wichtigen kantonalen oder eidgenössischen Interessen zur Debatte stehen, übt sich die Regierung in grosser Zurückhaltung. Somit wird auch diesem Kernanliegen des Auftrags bereits Rechnung getragen.

Bei Bauten ausserhalb der Bauzonen (BAB) haben sowohl die Gemeinde, die gegenüber dem ARE einen Antrag zum Gesuch stellt, als auch das ARE als zuständige Behörde die Interessensabwägung vorzunehmen. Bei gewissen BAB holt das ARE im Rahmen einer verwaltungsinternen Vernehmlassung und Koordination die Stellungnahmen der Fachstellen ein. Die dort vertretenen Haltungen können widersprüchlich sein. Ansprechstelle für Gesuchstellende ist entweder die Gemeinde oder das ARE als Leitbehörde, jedoch nicht die Fachstellen, es sei denn, es geht um einzelne gänzlich fachspezifische Angelegenheiten. Im BAB-Entscheid sind allfällige widersprüchliche Interessen abgewogen. Gesuchstellende müssen keine Interessensabwägung mehr vornehmen und sehen im Entscheid das Ergebnis.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag betreffend die koordinierte kantonale Vorprüfung sowie die Ausweisung von Genehmigungsvorbehalten zu überweisen und als erledigt abzuschreiben und betreffend die bereits zu erfolgende interne Interessensabwägung abzulehnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Incumbensa Dürler concernent la coordinaziun entaifer il chantun d'examinaziuns preliminaras e da dumondas

En il rom da dumondas e d'examinaziuns preliminaras tar l'administraziun chantunala, tar las qualas dapli ch'in post da servetsch è involvì, constateschan cunzunt las vischnancas, ma er persunas privatas (resumadas sutvart sco persunas petentas) adina pli savens, che las posiziuns sa cuntradin entaifer il chantun e che la consideraziun dals interess en il rom da l'elavuraziun da las dumondas u dals projects definitivs vegn transferida a la persuna petenta. In exempel actual èn las revisiuns parzialas u totalas da las planisaziuns d'utilisaziun communalas.

En il rom d'ina procedura d'examinaziun preliminarara chantunala u da l'examen coordinà d'ina dumonda vegn spetgà ch'il chantun, respectivamain il post spezialisà per quest intent, formuleschia ina posiziun coordinada e fetschia la consideraziun correspondentia dals interess entaifer il chantun. Igl è fitg nuncuntentivel per la persuna petenta, sche questa incumbensa vegn surlaschada ad ella, perquai ch'ella n'enconuscha betg la validaziun dals interess tras la Regenza en la procedura d'approvaziun suandanta u dal post spezialisà pertutgà en la procedura da permissiun. Cun la procedura actuala n'èsi betg pussaivel a la persuna petenta d'elavurar sin fundament da l'examinaziun preliminarara in project rectificatg che absolva suenter senza cundiziuns la procedura da permissiun u la procedura d'approvaziun. Ils scleriments detagliads cun ils singuls uffizis na pon strusch vegnir prestads ed ina segirezza d'approvaziun definitiva na datti per regla betg.

Pervia da la pratica actuala capiti adina puspè che resalvas vegnan integradas en il rom da la procedura da permissiun u da la procedura d'approvaziun. Talas resalvas pudessan vegnir impedidas cun la procedura d'examinaziun preliminarara, tge che manass a bler damain lavur per tut las persunas participadas. Cun ina procedura d'examinaziun preliminarara coordinada incl. la consideraziun dals interess e cun ina decisiun da l'examinaziun preliminarara lianta da vart da l'administraziun chantunala, pudess vegnir concedida a questa procedura dapli paisa ed a las lavurs respectivas dapli impurtanza.

Las proceduras s'extendan oz per il solit gia sur ina perioda pli lunga. Cun la procedura d'examinaziun preliminarara coordinada pudessan ins probablmain scursanir considerablmain il temp che la persuna petenta sto impunder suenter per las lavurs da rectificaziun als projects sco er la procedura d'approvaziun e vegnir dà a la persuna petenta ina resposta lianta.

En quest senn incumbenseschan las sutsegnadras ed ils sutsegnaders la Regenza d'adattar las proceduras d'examinaziun preliminaras en l'administraziun chantunala, cun integrar tut ils posts da servetsch participads uschia, ch'i vegn communitgà en l'avegnir a la persuna petenta ina decisiun d'examinaziun preliminarara coordinada inclusiv ina consideraziun dals interess gia fatga. En quest connex ston resalvas d'approvaziun vegnir preschentadas senza dubi.

Cuira, ils 23 d'avrigl 2024

Dürler, Wieland, Tanner, Adank, Bavier, Berthod, Brandenburger-Caderas, Butzerin, Candrian, Casutt, Collenberg, Cortesi, Della Cà, Derungs (Lumbrein), Favre Accola, Föhn, Gansner, Gort, Haltiner, Hartmann (Schiers), Hefti, Heim, Jochum, Kasper, Koch, Kocher, Kohler, Krättli, Lehner, Loepfe, Lunghi, Luzio, Maissen, Mazzetta, Menghini-Inauen, Metzger, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Mittner, Morf, Rauch, Righetti, Roffler, Said Bucher, Sax, Schutz, Sgier, Sigron, Stiffler, Stocker, von Tschamer, Weber, Wilhelm



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

18 da zercladur 2024

21 da zercladur 2024

521/2024

Incumbensa Dürler

concernent la coordinaziun entaifer il chantun d'examinaziuns preliminaras e da dumondas

Resposta da la Regenza

Tenor l'art. 3 da la Lescha davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (LPTGR; DG 801.100) è la planisaziun locala ina incumbensa da las vischnancas. En il rom dal dretg surordinà adempleschan ellas questa incumbensa en moda independenta. Tar l'elavuraziun da la planisaziun locala sto la vischnanca sco instituziun ch'è responsabla per la planisaziun pia eruir, considerar e cumparegliar in cun l'auter tut ils interess pertutgads (art. 3 da l'Ordinaziun federala davart la planisaziun dal territori, OPT; CS 700.1). En il rom da l'examinaziun preliminar realisescha l'Uffizi per il svilup dal territori (UST) ina consultaziun entaifer l'administraziun tar ils posts spezialisads. Eventualas cuntradiziuns en quest rom èn normalas, perquai che mintga post ha da defender sias incumbensas e ses interess. Resalvas da las autoritads spezialisadas cumpetentas vegnan inditgadas a las vischnancas en il rapport da l'examinaziun preliminar (REP). Ultra da quai vegnan las vischnancas sustegnidas cun il REP en connex cun l'eruida dals interess ed eventualmain vegnan er gia recumandadas consideraziuns. Il REP è pia gia ina posiziun coordinada. Dentant na po ni il UST cun il REP ni la Regenza cun l'approvaziun da la vischnanca sco instituziun ch'è responsabla per la planisaziun surpigliar da la vischnanca la cumpetenzza da planisaziun e la consideraziun definitiva dals interess. La pretensiun d'ina procedura d'examinaziun preliminar lianta cun ina «segirezza d'approvaziun definitiva», incl. consideraziun dals interess tras il chantun, n'è betg cumpatibla cun l'autonomia communal tenor l'art. 3 LPTGR. Ultra da quai vegnan projects da planisaziun savens midads considerablmain tranter l'examinaziun preliminar e la deliberaziun da conclus, saja quai pervia da resuns en la procedura da participaziun u pervia da propostas a chaschun da la radunanza communal. Er pervia da quai na fiss in giudicament final en il REP betg pussaivel. En il REP vegni dal rest fatg attent als puncts critics areguard l'approvaziun; i capita dentant adina puspè, che l'approvaziun vegn refusada en tals puncts, perquai che las recumandaziuns en il REP èn vengidas resguardadas memia pauc. Perquai vegn la coordinaziun pretendida en l'incumbensa gia realisada, entant ch'i na fiss betg pussaivel ch'il chantun surpigliass las cumpetenzas da planisaziun.

En il rom da l'approvaziun sto l'instituziun ch'è responsabla per la planisaziun dal rest

mussar en scrit il process da la consideraziun dals interess envers l'autorità d'approvaziun (art. 47 OPT). Eventuals interess cuncontrastants constatads ston vegnir confruntads in cun l'auter e documentads en il rapport da planisaziun e da cooperaziun (RPC). La confruntaziun cun ils differents interess n'ha betg adina lieu en ina moda uschè detagliada sco necessari, uschia ch'ina audiziun supplementara da las vischnancas s'impona savens en la procedura d'approvaziun. La consideraziun dals interess metta las vischnancas per part davant grondas sfidas pervia da la complexità actuala da las prescripziuns ch'èn relevantas per la planisaziun dal territori. Ultra da quai vegn ina planisaziun locala approvada mo alura sut cundiziuns, sch'ella n'è betg cumpatibla cun il dretg correspondent e sche la vischnanca n'ha nagina libertad da decider per la correctura che sto vegnir fatga. Uschia po ina nova procedura complexa dal plan d'utilisaziun vegnir evitada, quai che contribuescha a l'economia da procedura. Sch'i sa tracta da dumondas localas, nua che la vischinanza tar ils fatgs, l'enconuschientscha dal lieu e la democrazia locala èn relevantas e nua che nagins interess chantunals u federals impurtants na stattan en discussiun, sa retegna la Regenza fermamain. Uschia vegni er gia tegnì quint da questa finamira centrala da l'incumbensa.

En connex cun stabiliments ordaifer la zona da construcziun (EOZ) ston tant la vischnanca, che fa envers il UST ina proposta davart la dumonda, sco er il UST sco autorità cumpetenta considerar ils interess. En connex cun tsherts EOZ sa procura il UST las posiziuns dals posts spezialisads en il rom d'ina consultaziun e d'ina coordinaziun entaifer l'administraziun. Las posiziuns ch'èn represchentadas là, pon esser cuntradictoras. Il post da contact per las petentas ed ils petents è u la vischnanca u il UST sco autorità directiva, dentant betg ils posts spezialisads, nun ch'i sa tractia da singulas fatschentas ch'èn dal tutfatg specificas. En la decisiun EOZ èn considerads eventuals interess cuntradictoris. Las petentas ed ils petents na ston betg pli considerar ils interess e vesan il resultat en la decisiun.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond d'acceptar e da stritgar questa incumbensa sco liquidada concernent l'examinaziun preliminar chantunala coordinada sco er concernent la preschentaziun da resalvas d'approvaziun, e da refusar l'incumbensa concernent la consideraziun interna dals interess che stuess gia vegnir fatga ordavant.



En num da la Regenza

Il president:

Dr. Jon Domenic Parolini

Il chancelier:

Daniel Spadin

Incarico Dürler concernente il coordinamento di esami preliminari e richieste interno al Cantone

Nel quadro di richieste all'Amministrazione cantonale o di esami preliminari dell'Amministrazione cantonale in cui sono coinvolti più servizi cantonali, i comuni in particolare ma anche i privati (di seguito richiedenti) constatano sempre più spesso che le prese di posizione interne al Cantone si contraddicono e che la ponderazione degli interessi nel quadro dell'elaborazione delle domande o dei progetti definitivi viene trasferita ai richiedenti. Un esempio attuale consiste nelle revisioni parziali o totali delle pianificazioni delle utilizzazioni comunali.

Nel quadro di una procedura d'esame preliminare cantonale o dell'esame coordinato di una richiesta ci si aspetta che il Cantone o il servizio specializzato competente rediga una presa di posizione in modo coordinato e proceda alla corrispondente ponderazione degli interessi internamente al Cantone. Per il richiedente la situazione in cui questo compito gli viene delegato è estremamente insoddisfacente, siccome non è a conoscenza della ponderazione degli interessi del Governo nella successiva procedura di approvazione o in quella di autorizzazione del servizio specializzato in questione. Con la procedura attuale il richiedente non può elaborare un progetto rettificato sulla base dell'esame preliminare che superi in seguito con successo e senza condizioni la procedura di autorizzazione o di approvazione. Gli accertamenti approfonditi con i singoli uffici sono praticamente impossibili e di regola non esiste una certezza per quanto riguarda l'approvazione.

Con la prassi attuale, nel quadro della procedura di autorizzazione o di approvazione vengono spesso formulate riserve che potrebbero essere evitate con la procedura d'esame preliminare, riducendo così nettamente l'onere per tutti gli interessati. Con una procedura d'esame preliminare coordinata che includa la ponderazione degli interessi e la decisione vincolante relativa all'esame preliminare da parte dell'Amministrazione cantonale sarebbe possibile concedere maggiore importanza a questa procedura e di conseguenza anche ai lavori a essa associati.

Oggi le procedure sono perlopiù lunghe. Con la procedura d'esame preliminare coordinata sarebbe probabilmente possibile ridurre nettamente il tempo necessario per i lavori successivi di epurazione dei progetti da parte del richiedente nonché per la procedura di approvazione. Inoltre al richiedente potrebbe essere data una risposta vincolante.

Le firmatarie e i firmatari incaricano in questo senso il Governo di adeguare le procedure d'esame preliminare nell'Amministrazione cantonale, coinvolgendo tutti i servizi interessati, in modo che in futuro al richiedente venga comunicata una decisione relativa all'esame preliminare coordinata a livello cantonale che includa una ponderazione degli interessi interna già avvenuta. In questa comunicazione devono essere indicate le riserve di approvazione in modo inequivocabile.

Coira, 23 aprile 2024

Dürler, Wieland, Tanner, Adank, Bavier, Berthod, Brandenburger-Caderas, Butzerin, Candrian, Casutt, Collenberg, Cortesi, Della Cà, Derungs (Lumbrein), Favre Accola, Föhn, Gansner, Gort, Haltiner, Hartmann (Schiers), Hefti, Heim, Jochum, Kasper, Koch, Kocher, Kohler, Krättli, Lehner, Loepfe, Lunghi, Luzio, Maissen, Mazzetta, Menghini-Inauen, Metzger, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Mittner, Morf, Rauch, Righetti, Roffler, Said Bucher, Sax, Schutz, Sgier, Sigron, Stiffler, Stocker, von Tschamer, Weber, Wilhelm



Seduta del

18 giugno 2024

Comunicato il

21 giugno 2024

Protocollo n.

521/2024

Incarico Dürler

concernente il coordinamento di esami preliminari e richieste interno al Cantone

Risposta del Governo

Conformemente all'art. 3 della legge sulla pianificazione territoriale del Cantone dei Grigioni (LPTC; CSC 801.100), la pianificazione locale è compito dei comuni. Essi adempiono questo compito autonomamente nel quadro del diritto di rango superiore. Nell'elaborazione delle pianificazioni locali, il comune quale ente di pianificazione deve quindi verificare e ponderare tutti gli interessi in causa e valutarli (art. 3 dell'ordinanza sulla pianificazione del territorio, OPT; RS 700.1). Nel quadro dell'esame preliminare, l'Ufficio per lo sviluppo del territorio (UST-GR) svolge una consultazione interna all'Amministrazione tra i servizi specializzati. Eventuali contraddizioni in questo contesto sono normali siccome ogni servizio deve svolgere i propri compiti e rappresentare i propri interessi. Le riserve delle autorità specializzate competenti vengono indicate al comune nel rapporto di esame preliminare. Inoltre con il rapporto di esame preliminare i comuni vengono sostenuti nella verifica degli interessi ed eventualmente vengono già anche raccomandate delle ponderazioni. Il rapporto di esame preliminare è quindi già una presa di posizione coordinata. Tuttavia né l'UST-GR con il rapporto di esame preliminare né il Governo, con l'approvazione del comune quale ente di pianificazione, possono assumere la competenza pianificatoria e la ponderazione degli interessi definitiva. La decisione vincolante e "con certezza finale di approvazione" richiesta relativa all'esame preliminare che include la ponderazione degli interessi da parte del Cantone non è conciliabile con l'autonomia comunale conformemente all'art. 3 LPTC. Inoltre spesso i progetti di pianificazione vengono modificati in modo importante tra l'esame preliminare e la presa della decisione, sia sulla base di riscontri nella procedura di partecipazione sia sulla base di proposte dell'assemblea comunale. Anche per questo motivo una valutazione definitiva nel rapporto di esame preliminare non sarebbe possibile. Tra l'altro nel rapporto di esame preliminare si richiama l'attenzione sui punti critici relativi all'approvazione; tuttavia spesso tali punti non vengono approvati siccome nel rapporto di esame preliminare le raccomandazioni non vengono considerate in modo sufficiente. Pertanto il coordinamento richiesto nell'incarico viene già attuato, mentre l'assunzione delle competenze pianificatorie da parte del Cantone non sarebbe possibile.

Nel quadro dell'approvazione l'ente di pianificazione deve inoltre indicare per iscritto

la procedura di ponderazione all'autorità preposta all'approvazione (art. 47 OPT). Eventuali interessi contrapposti constatati devono essere ponderati e indicati nel rapporto di pianificazione e di partecipazione (RPP). Il confronto con i diversi interessi non avviene sempre con il grado di approfondimento dovuto, motivo per cui nella procedura di approvazione spesso si rivela necessaria un'audizione supplementare dei comuni. La ponderazione degli interessi pone in parte i comuni davanti a grandi sfide, a seguito della complessità attuale delle direttive rilevanti ai fini pianificatori. L'approvazione di una pianificazione locale viene inoltre associata a condizioni solo nella misura in cui non è conciliabile con il diritto in materia e da parte del comune non esiste un margine decisionale per procedere alle correzioni necessarie. In questo modo è possibile evitare un'onerosa procedura di pianificazione dell'utilizzazione aggiuntiva, fatto che contribuisce all'economia di procedura. Nei casi in cui si tratta di interessi locali per la cui salvaguardia sono importanti un'affinità con la materia, conoscenze del luogo e democrazia locale e non sono in discussione importanti interessi cantonali o federali, il Governo dà prova di grande riserbo. Anche questa richiesta fondamentale dell'incarico viene quindi già considerata.

In caso di edifici fuori dalle zone edificabili (EFZ), deve procedere alla ponderazione degli interessi sia il comune che presenta una richiesta all'UST-GR relativa alla domanda sia l'UST-GR quale autorità competente. Per determinati EFZ, l'UST-GR chiede le prese di posizione dei servizi specializzati nel quadro di una consultazione e di un coordinamento interni all'Amministrazione. Le opinioni che scaturiscono possono essere contraddittorie. Salvo nei casi in cui si tratta di questioni strettamente specifiche, per i richiedenti l'interlocutore è il comune o l'UST-GR quale autorità direttiva e non il servizio specializzato. Nella decisione EFZ devono essere ponderati eventuali interessi contraddittori. I richiedenti non devono più procedere a una ponderazione degli interessi e partono dal presupposto che i risultati siano contenuti nella decisione.

A seguito di quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di accogliere l'incarico in oggetto per quanto concerne l'esame preliminare cantonale coordinato nonché l'indicazione di riserve di approvazione e di stralciarlo come evaso e chiede di respingerlo per quanto concerne la ponderazione degli interessi da svolgere già internamente.



In nome del Governo

Il Presidente:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "D. Parolini".

Dr. Jon Domenic Parolini

Il Cancelliere:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "D. Spadin".

Daniel Spadin